

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.20 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Wetz. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaisstraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

### Die Erfolge

unserer Lohnbewegungen waren im Jahre 1917 größer als in irgendeinem Jahre vorher. Wenn überall mit Eifer und Geschick für die Ausbreitung und Stärkung des Verbandes gearbeitet wird, muß das Jahr 1918 noch mehr Erfolge bringen. Jetzt ist die Zeit, durch eifrige Werbearbeit die Grundlage kommender Erfolge zu schaffen. Also auf zur Frühjahrsagitation! + + + + +

### Mehr Agitation!

Wenn das Gras zu grünen beginnt, die Bäume ausschlagen und die Vögel schon frühmorgens den anbrechenden Tag begrüßen, dann ist auch das menschliche Gemüt am aufnahmefähigsten für neue Ideen. Diesen Umstand müssen sich die Organisationen zunutze machen, indem sie diese Zeit wahrnehmen, um in verstärktem Maße Agitation zu betreiben.

Die Agitation verfolgt zwei verschiedene Zwecke: 1. Die Mitglieder einer Organisation derselben zu erhalten, 2. der Organisation neue Anhänger zuzuführen. Bei jeder Agitation ist das feste innige Zusammenarbeiten der Mitglieder mit den Funktionären Hauptbedingung. Bei der Wahl der Funktionäre haben die Mitglieder gewissenhaft die Fähigkeit der einzelnen zu prüfen. Ein Mitglied darf nicht deshalb vorgeschlagen und gewählt werden, weil es zu dieser oder jener Sache mal ein paar Worte gesprochen hat, oder weil es das fragwürdige Talent besitzt, immer das zu sagen, was die Mehrheit einer Versammlung gerade hören mag. Speziell bei Besetzung des Vorstandsstiches sollten die Mitglieder sich die größte Mühe geben, Leute zu wählen, die imstande sind, sich eine eigene Meinung zu bilden und dieselbe ohne Rücksicht auf die zufällige Stimmung einer Versammlung zu vertreten. Selbstredend hat sich diese eigene Meinung stets im Rahmen des großen ganzen zu bewegen; querulöse Außenreiter und Alles-besser-Wisser sind absolut nicht geeignet, das Interesse der Mitglieder an irgendetwas wahrzunehmen. Wenn jedes Mitglied sich um seine näheren Bekannten vor der Wahl auf Herz und Nieren prüft, wird es fast immer möglich sein, die fähigsten Kollegen oder Kolleginnen an die Spitze zu stellen, und vor allen Dingen wird dies auch die so notwendige Selbsterkenntnis der Mitglieder fördern.

Ein Vorsitzender wird neben der Erledigung der laufenden Geschäfte sein Hauptaugenmerk auf sorgfältige Vorbereitung der Mitgliederversammlungen richten müssen. Eine Versammlung ist nicht bloß dazu da, um die Zustimmung der Mitglieder zu den Handlungen des Vorstandes einzuholen, sondern Hauptzweck einer Versammlung muß stets sein, den Mitgliedern neue Anregungen zu geben und immer wieder von neuem das Interesse an der Organisation zu wecken. Ein nicht zu langer Vortrag eines tüchtigen Referenten wird stets gern von der Versammlung entgegengenommen werden. Bei der darauf folgenden Diskussion muß der Vorsitzende sich bemühen, die Mitglieder zu Äußerungen und Anfragen über diesen Vortrag zu veranlassen. Nur im Wasser lernt man das Schwimmen, und wer sich nie zum Wort meldet, kann kein Redner werden. Die Mitglieder müssen zur Benutzung der einschlägigen Literatur angeregt, auch müssen dieselben stets über Maßnahmen im gegnerischen Lager unterrichtet werden.

Über nicht nur der Vorsitzende, sondern auch alle andern Funktionäre müssen voll und ganz ihre Posten ausfüllen. Neben-sächliche Posten oder gar Sinekuren gibt es in der Arbeiterbewegung überhaupt nicht. Jeder muß stets bedenken, daß ein nur Beitrag zahlendes Mitglied ein schon halb verlorenes ist. Jedem Mitglied muß eingepreßt werden, daß es seine verdammt Pflicht und Schuldigkeit ist, für Vertiefung und Verbreitung unserer Ideen beizutragen.

Dies wird die Mitglieder zu denkenden Menschen machen, und erst dann werden sie begreifen, daß die Arbeiterbewegung nicht nur der augenblicklichen Verbesserung der Lebenslage des Proletariats dient, sondern daß der ideale Endzweck der modernen Arbeiterbewegung die Befreiung der ganzen Menschheit vom kapitalistischen System ist. Und so werden dann die Mitglieder auch befähigt und willens sein, ein gut Teil des zweiten Agitationszweckes — Werbung neuer Mitglieder — auszuführen.

Hier eine Richtschnur zu geben, fällt wirklich schwer. Es richtet sich nicht nur nach der am Orte vertretenen Industrie, wie agitiert werden muß, sondern auch nach dem vorhandenen Menschennmaterial. Eine kleinstädtische oder gar häuerliche Bevölkerung, welche teilweise auf eigenem Grund und Boden ist, muß ganz anders angefaßt werden als eine großstädtische Bevölkerung. Neben öffentlichen und Betriebsversammlungen wird aber stets die Agitation von Mund zu Mund am erfolgreichsten sein. Wo es angebracht ist, sollte man niemals versäumen, Unorganisierte in ihren Wohnungen aufzusuchen; jedoch müssen die Kollegen, welche zur

Hausagitation verwandt werden sollen, besonders sorgfältig ausgewählt werden. Große Sachlichkeit und ein äußerst dickes Fell sind hier zwei nicht hoch genug einzuschätzende Eigenschaften.

Gerade in diesem Frühjahr müssen wir die Agitation in verstärktem Maße betreiben. Die Anhäufung ungeheuren Kapitals in wenigen Händen, die Herabdrückung eines großen Teiles des Mittelstandes ins Proletariat haben zu einer großen Verschärfung der Klassegegensätze geführt. Einige Ausführungen einflussreicher Industriellenzeitungen, wie „Nicht die Löhne der Frauen sind zu niedrig, sondern die Löhne der Männer sind zu hoch“ oder „Um die deutsche Industrie konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte zu erhalten, müssen die hohen Löhne von der Zeit vor dem Kriege abgebaut werden“, oder „Die deutsche Industrie darf durch den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht weiter belastet werden“ lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, wessen sich die Arbeiterchaft seitens der deutschen Kapitalisten nach dem Kriege zu versehen haben wird. Jedem denkenden Arbeiter muß klar sein, daß wir Lohnkämpfen von nie gekannter Weise und Ausdehnung entgegengehen.

Diese Kämpfe werden wir nur dann siegreich bestehen können, wenn alle Arbeiter bis zum letzten Mann organisiert sind. Dies können wir aber nur dann erreichen, wenn jedes Mitglied ein Agitator ist. Darum frisch ans Werk!

Otto Danzig, Begefac.

### Produktionssteigerung oder Gewinnsteigerung?

Als zu Beginn des Weltkrieges infolge der englischen Auslieferungspläne die Lebensmittel immer knapper wurden, machte sich neben einer gleichmäßigen Verteilung der Waren besonders das Bedürfnis geltend, im Inlande mehr Lebensmittel zu erzeugen als bisher. Je mehr die Zufuhr vom Auslande gesperrt wurde, desto notwendiger wurde es, die inländische Gütererzeugung möglichst zu steigern. Die Produktionssteigerung wurde als die Hauptsache hingestellt, hinter der die Geldbeutelinteressen des einzelnen oder der einzelnen Gruppen zurücktreten sollten. Damals wurde an höherer Stelle das Wort geprägt: „Während des Krieges kommt es bei uns in Deutschland nicht darauf an, daß viel Geld verdient wird, sondern lediglich darauf, daß unser Volk ordentlich zu leben hat.“ Der herrschenden kapitalistischen Erwerbswirtschaft wurde abgesagt und an deren Stelle sollte die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft treten. Es ging damals eine starke sozialistische Strömung durch unser Land (s. d. Red.) und man konnte auch in solchen Kreisen, die früher dem Sozialismus feindlich gegenübergestanden hatten, die Neuerung hören, daß das Wohl der Gesamtheit das höchste Gesetz sei, dem sich alles unterordnen müsse. Man sprach mit Vorliebe vom Kriegsozialismus, der unser Volk allein retten könne, und die Organisation unserer Lebensmittelversorgung nach sozialistischen Grundsätzen sollte in Deutschland eingeführt werden. Es wurden Maßnahmen getroffen, um den Lebensmittelmarkt und die Lebensmittelverfälligung einzudämmen oder, wenn möglich, gänzlich zu beseitigen; es wurde eine Nationalierung der Waren durch Marken und Listen vorgenommen, der freie Handel wurde vielfach ausgeschaltet, indem man zur Regelung der Einfuhr und des Vertriebs der Waren besondere Organisationen schuf, bei verschiedenen Waren wurde eine Befandsaufnahme und eine Beschlagnahme durchgeführt, und es wurden auch vielfach Vorschriften erlassen, die eine Steigerung der Produktion herbeiführen sollten.

Leider wurde der beabsichtigte Zweck nur zum geringsten Teil erreicht, denn der Geist des Kapitalismus, der aus unserem Wirtschaftsleben ausgetrieben werden sollte, war zu tief eingewurzelt, als daß er einem wahren Kriegsozialismus freiwillig das Feld geräumt hätte. Das Richtwort: „Wir wollen kein einig Volk von Brüdern, in feiner Not uns trennen und Gefahr!“, das in den ersten Monaten des Krieges mit Vorliebe gebraucht wurde, wurde zu einer leeren Redensart, als die Begeisterung verwich. Im Laumel des Kriegesrausches verlor sich die Selbstsucht und die Erwerbsgier im äußersten Winkel des Menschenherzens, und der Sozialismus redete sein großes Haupt empor. Allmählich aber, im weiteren Verlaufe des Krieges, kehrte der normale Zustand zurück, und die Selbstsucht in allen Formen bestieg wieder den Herrscherthron. Und man konnte sogar das freche Wort hören: „Was kümmert uns die Not der Arbeiterklasse, die Hauptsache ist, daß wir tüchtig Geld verdienen!“ Wohl empörte sich die öffentliche Meinung gegen den Grundsatz des Geldverdienens um jeden Preis,

wohl erhoben sich mahnende und warnende Stimmen gegen das Bestreben, die Not der Massen zu einer Goldgrube für die rücksichtslosen Volksausbeuter zu machen, wohl bemüht sich einsichts-volle Behörden um eine planmäßige und gerechte Verteilung der Lebensmittel und um eine Bekämpfung der selbstsüchtigen, ausbeuterischen Elemente, aber der Kampf blieb erfolglos, das Uebel wurde nicht ausgerottet, sondern fraß immer weiter um sich. Man weiß, wie weit wir mit unserer Kriegswirtschaft gekommen sind, und es ist bekannt, daß unser vielgerühmter Kriegsozialismus zu einer hohlen Fuff ohne Kern geworden ist. Diese Tatsache ist es, die alle ehrlich denkenden und sozial empfindenden Kreise bis aufs tiefste empört: nicht daß wir uns einschränken müssen, weil alles knapp ist, wohl aber, daß wir Not leiden, während die glücklicheren Menschen riesengewinne machen. Diese schreiende Ungerechtigkeit in unserem wirtschaftlichen Leben, die noch niemals so deutlich erkennbar in die Erscheinung getreten ist wie während des Krieges, schafft immer neue Erbitterung, sie gefährdet unsere innere Einheit und Einigkeit und arbeitet dadurch den äußeren Feinden in die Hand. Und solange es nicht gelingt, den kapitalistischen Erwerbsgeist auszurotten, so lange besteht die Gefahr, daß wir dem inneren Feinde unterliegen, während wir der Uebermacht unserer äußeren Feinde siegreich standhalten.

Alle Welt will heutzutage Geld verdienen und die ins Ungeheuerliche getriebene Gewinnsteigerung auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens drückt unserer Kriegszeit den Stempel auf. Man braucht nur die Abrechnungen der Aktiengesellschaften mit ihren unbegreiflich hohen Dividenden zu lesen, man braucht nur die Riesengewinne der Kriegslieferanten und Lebensmittelpekulanten zu beobachten, man braucht nur zu sehen, wie unsere heimische Landwirtschaft geradezu im Gelde schwimmt, um ein Gefühl des Ekels zu empfinden über diese Blüten kapitalistischer Erwerbsgier. Erstaunt fragt man sich, ob denn Staat und Volk hiergegen machtlos ist, weil es kein Mittel gibt, um unsere Volksmassen gegen die Aushungerung durch die Wucherer zu schützen. Allen Bemühungen zum Trotz steigen die Lebensmittelpreise immer höher, so daß das Einkommen der breiten Volksschichten bald in gar keinem Verhältnis mehr steht zu den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Die bessergestellten Kreise wissen sich auf Schleichwegen und durch Zahlung ungeheurer Preise ausreichend Lebensmittel zu verschaffen, aber die Unterschichten leiden bittere Not. Und dabei wird neuerdings immer rücksichtsloser der Grundsatz der Anreizpolitik vertreten: man müsse das System der Preisfestsetzung und die ganze zwangsläufige Kriegswirtschaft radikal über Bord werfen und statt dessen den Produzenten und Händlern hohe Gewinne in Aussicht stellen, um sie dadurch zu größerer Tätigkeit und höheren Leistungen anzureizen. Man will sich nicht mehr an den Gemeininn und die vaterländische Gesinnung der Ober- und Mittelschichten wenden — dieser Appell ist wirkungslos verhallt —, sondern lediglich an das Geldbeutelinteresse. Man hält ihnen höhere Lebensmittelpreise als Lockspeise vor und bedenkt dabei gar nicht, daß die ärmeren Schichten diese Preise einfach nicht zahlen können. Wenn wir in dieser Weise weiter arbeiten, so gehen wir unhaltbaren Zuständen entgegen und geraten in die allergrößten Schwierigkeiten. Eine gründliche Wandlung der Dinge wird also zu einer unbedingten Notwendigkeit.

Leider hat die Staatsgewalt den Geldverdienern viel zu viel freien Spielraum gelassen, anstatt mit starker Hand den Ausbeutern an die Kehle zu greifen. Diese Zöghaftigkeit und unangebrachte Milde rächt sich an unserer Volkstraft und Volksgesundheit. Aber es ist noch nicht zu spät, noch kann es gelingen, durch ein rücksichtsloses Zupacken die erwerbsgierigen Elemente zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht zu zwingen. Wenn alle gültigen Mittel und Wege versagen, so bleiben eben nur Zwangsmaßnahmen übrig. Und diese Zwangsmaßnahmen muß der Staat anwenden ohne Rücksichtnahme auf den Einfluß und die Macht der herrschenden und herrschenden Klassen. Es steht nämlich alles auf dem Spiele, und da läßt sich nicht einsehen, weshalb eine Minderheit sich den Geldsack füllen soll, während die große Mehrheit bittere Not leidet. Die wichtigste Aufgabe des Staates ist, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den inneren Widerstand der Produzenten und Händler zu brechen, damit möglichst viel Lebensmittel erzeugt und zu erträglichem Preise auf den Markt gebracht werden. Nicht auf eine Gewinnsteigerung darf unsere Kriegswirtschaft gerichtet sein, sondern auf eine Produktionssteigerung, damit das bereits erwähnte Wort Wahrheit wird, daß unser Ziel nicht das Geldverdiene ist, sondern eine halbwegs ausreichende Lebensmittelversorgung. Das Heil unseres Volkes und die Zukunft unseres Vaterlandes beruht nicht auf der kapitalistischen Erwerbswirtschaft, sondern auf der sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft, und nur im Zeichen des Sozialismus können wir den Sieg über die inneren Feinde an unsere Fahnen heften. Brutus.



# @@@ Aus der Industrie @@@

## Chemische Industrie

### Wieder ein Vorstoß für den Schutz der chemischen Arbeiter.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat unterm 18. März zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums unter anderem auch eine Resolution eingebracht, die vermehrte Schutz für die Arbeiterchaft in der chemischen Industrie fordert. Die Resolution fordert:

1. daß die Bekanntmachung über die Gewährung von Sterbegeld und Hinterbliebenenrente bei Gesundheitsfähigungen durch aromatische Nitroverbindungen vom 12. Oktober 1917 dahin erweitert wird, daß jede körperliche, die Erwerbsfähigkeit der Arbeiter beeinträchtigende Schädigung, die bei der Herstellung oder Verarbeitung von nitrierendem Kohlenwasserstoff entsteht, als Folge eines Betriebsunfalles im Sinne der Reichsversicherungsordnung anerkannt und entschädigt wird;

2. daß die Betriebe der Kriegsindustrie, in denen a) durch die Handhabung oder Herstellung von Explosivstoffen, b) durch giftige Gase, ätzende Dämpfe, Staubentwicklung oder andre, mit der Betriebsweise verbundene schädliche Einwirkungen besondere Gefahren für die beschäftigten Arbeiter entstehen,

einer eingehenden regelmäßigen Kontrolle ihrer Unfallversicherungs- und sanitären Einrichtungen unterworfen werden. In die Ueberwachungsansprüche und Zentralaufsichtsstellen für Sprengstoff- und Munitionsfabriken bei den Kriegsamthellen sollen Arbeiter dieser Betriebe, die von den Arbeiterausschüssen in Vorschlag gebracht werden, als ständige Vertreter hinzugezogen werden;

3. daß Arbeiter, die infolge dieser Betriebsgefahren erkranken und eine Einbuße an ihrer Erwerbsfähigkeit erleiden, nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Unfallversicherung entschädigt werden, und daß im Falle des Todes den Hinterbliebenen der Rentenaufspruch gesichert wird.

Unter 1 wird die Ausdehnung der Verordnung vom 12. Oktober 1917 gefordert. Diese Verordnung bestimmt, daß die bei der Herstellung oder Verarbeitung aromatischer Nitroverbindungen vorkommenden tödlichen Vergiftungen den Unfällen gleichgestellt werden sollen. Die Hinterbliebenen erhalten also Sterbegeld und Hinterbliebenenrente. Die Entschädigung fordert nun, daß auch den durch Vergiftungen in ihrer Erwerbsfähigkeit dauernd beschränkten Arbeitern bzw. Arbeiterinnen eine Entschädigung ebenso gezahlt werden soll, als wenn die Erwerbsbeschränkung durch einen Betriebsunfall herbeigeführt worden wäre. Das ist ein sehr billiges Verlangen, dem sich die Regierung eigentlich gar nicht entziehen kann. Die jetzige Regelung ist eine Halbheit, die gar nicht zu rechtfertigen ist. Denn es ist wirklich nicht einzusehen, warum eine Vergiftung nur dann als Betriebsunfall bewertet werden soll, wenn sie tödlich ist, nicht aber dann, wenn sie zu dauerndem Siechtum führt.

Der zweite Absatz der Resolution fordert schärfere Kontrolle der Sprengstoffbetriebe und der sonstigen besonders gefährdeten Unternehmungen, vor allem in der chemischen Industrie. Weiterhin wird verlangt, daß in den gebildeten Ueberwachungsansprüchen auch die Arbeiter vertreten sein sollen. Die Berechtigung auch dieser Forderungen ist nicht anzuzweifeln. Wir haben sie an dieser Stelle oft erhoben und freuen uns, daß die sozialdemokratische Fraktion sich bereit erklärt, sie der Regierung gegenüber zu vertreten.

Der dritte Absatz hängt organisch eigentlich mit dem ersten zusammen. Er fordert allgemeine Anerkennung der gewerblichen Erkrankungen als Unfälle in den unter 2 (a und b) aufgezählten Betrieben der Kriegsindustrie. Diese Forderung steht allerdings zu der unter 1 erhobenen in einem gewissen Widerspruch. Wichtig, sie macht diese überflüssig, weil, wenn sie angenommen wird, die spezielle Regelung über die Herstellung oder Verarbeitung nitrierender Kohlenwasserstoffe überflüssig wird. Vielleicht ist die Resolution so zu verstehen, daß unter 3 die allgemeine, unter 1 die Eventualforderung erhoben werden soll.

Doch es kommt schließlich weniger auf die Form als auf die Sache an. Und schließlich können wir den Forderungen durchaus zustimmen. Allerdings nur als vorläufige Regelung. Ueber die vorgeschlagene Regelung hinaus ist wieder zu fordern, daß alle gewerblichen Erkrankungen, vor allem aber alle gewerblichen Vergiftungen als Unfälle zu entschädigen sind. Ganz gleichgültig, in welchen Betrieben sie sich ereignen und durch welche Stoffe sie verursacht werden. Diese berechtigige Forderung soll auch durch die Resolution der sozialdemokratischen Partei gesetzlich festgelegt werden. Die Beschränkung auf die besonders gefährdeten Betriebe der Kriegsindustrie ist vielmehr nur erfolgt, um nicht durch Anknüpfung aller Schwerkriegsarten den Gewinn der vorgeschlagenen Regelung die Abklärung zu erleichtern. Unter diesem Gesichtspunkt begrüßen wir die Entschädigung als weiteren Vorstoß auf dem Wege zu einem ausreichenden Arbeiterschutz in der chemischen Industrie.

### Munitionsarbeiter, versichert auch!

Die „Sollstärkung“ lautet: Die Arbeiter auf den Munitionsfabriken in der Kriegs- und Munitionsindustrie beschäftigen Frauen und Kinder immer wieder vermehrt werden, weil sie bei der Herstellung von Explosivstoffen besonders in Gefahr sind. Da es ihnen in der Regel nicht möglich ist, Explosivstoffe zu produzieren, können ihre Familien kein Geld verdienen. Diesem Umstand ist häufig zu der Folge, dass auch noch in anderen manuellen Berufen, die von ihnen ausgeübt werden, sie zu Hause sind. Hier kann durch eine Versicherung bei der Sollstärkung geholfen werden. Eine Versicherung, die die notwendige Zahlung bei den Verletzungen an den Munitionsfabriken und beim sonstigen Tode der Arbeiterinnen der Munitionsindustrie. Darunter, daß die Sollstärkung bei den Munitionsfabriken durch eine Kassenanlage und Einzahlung von Geld, damit diese Frauen die notwendige Summe erhalten können. So kann es durch eine Kassenanlage jeder Arbeiter einen Betrag erhalten.

Dieser Betrag entspricht in jeder Zeit wieder die Hälfte eines in einer Munitionsfabrik wohnen Arbeiterin Schloßers in Döbel. Er kann sich im Jahre 1918 nach dem 1. Mai einer Halbesamtsperiode von 1. Mai bis zum 31. März 1919 betragen. Am 12. März 1918 hat er bei einer Explosion durch eine Kassenanlage und Einzahlung von Geld, damit diese Frauen die notwendige Summe erhalten können. So kann es durch eine Kassenanlage jeder Arbeiter einen Betrag erhalten.

## Goldschmidts Goldschmiede.

Ueber Finanzmaßnahmen der Th. Goldschmidt & Co. in Essen berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Die außerordentliche Generalversammlung, in der 12 255 000 Mk. Aktienkapital vertreten waren, beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 2 auf 17 Millionen Mark. Die neuen Aktien sind vom 1. Januar 1918 an dividendenberechtigt. Von den neuen Aktien, die mit dem vierten Teil des Nennwertes eingezahlt werden, werden 1575 Aktien zur Uebernahme der Aktien-Gesellschaft für Petroleumindustrie verwendet, die restlichen 425 Stück Aktien sollen zum Mindestkurs von 200 Prozent von der Distonto-Gesellschaft übernommen werden. Der Ueberhauf aus der Kapitalerhöhung wird zur Verfertigung der Betriebsmittel verwendet. Zur Begründung wurde unter anderem mitgeteilt, daß es für die Gesellschaft wünschenswert sei, sich ein auf gleicher Grundlage stehendes Unternehmen anzuschließen, um eine fertige Organisation zu besitzen. Weiter gab die Verwaltung eine Erklärung ab zu den seit einiger Zeit anfallenden Kursbewegungen in den Aktien der Gesellschaft und wies darauf hin, daß die an die Maßnahme der Gesellschaft bezüglich der Ausnutzung der Steinlofen- und der Kohlenwasserstoffe sowie an den Erwerb von Grundstücken in der Nähe von Berlin getätigten ausschweifenden Erwartungen unberechtigt seien, und daß kein Anlaß dazu vorläge, den Kurs der Aktien so wie es geschehen sei, in die Höhe zu treiben. Die Erfindungen auf dem Gebiete der Kohlenverbrennung, die man schon vor Jahren erworben habe und mit deren Ausarbeitung die Gesellschaft seitdem ständig beschäftigt sei, würden natürlich, wenn sie sich als technisch durchführbar erweisen, eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung haben, und die Verwaltung hoffe, daß einmal die Zeit kommen werde, wo sie aus diesen Arbeiten namhaften Gewinn ziehen könne, jedoch werde diese Verwirklichung dieser Pläne noch jahrelanger Arbeit bedürfen. — Für das Geschäftsjahr 1917 werde man voraussichtlich dieselbe Dividende wie früher, nämlich zwölf Prozent, ausschütten können.

Der Bericht ist so gefaßt, daß der uneingeweihte Leser nicht daraus Nag werden kann. Schon die Angabe, daß die neuen Aktien „mit dem vierten Teil des Nennwertes eingezahlt“, gleichzeitig aber teilweise zu 200 Prozent von der Distonto-Gesellschaft übernommen werden, ist ungenügend. Wahrscheinlich werden nur die 1575 Aktien, die für den Erwerb der Petroleum-Aktien-Gesellschaft bestimmt sind, mit 25 Prozent eingezahlt. Ob die restlichen 75 Prozent überhaupt eingezogen, oder ob sie aus dem Gewinn oder den Reserven gedeckt werden, sagt der Bericht nicht. Wahrscheinlich verbirgt sich hinter der unbestimmten Form der Berichtserstattung die Ausschüttung eines Ertragsgewinnes an die Aktionäre. Die erworbenen Aktien-Gesellschaft für Petroleumindustrie ist eine sehr rentable Gesellschaft, die besonders in den rumänischen Petroleumfeldern Einfluß sucht. Sie hatte schon einmal Besitzungen in Roesitz, hat diese jedoch während des Krieges verkauft. Jetzt will sie jedoch neue Felder erwerben. Der Friede mit Rumänien wird also voraussichtlich Herrn Goldschmidt Gold bringen.

**Am 1. April sind die erhöhten Beiträge in kraft getreten. Zur Quittierung derselben werden neue Marken verwendet, die den Zahlstellen zugegangen sind.**

**Die alten Marken müssen von den Zahlstellen recht bald mit der Hauptkasse verrechnet und die nicht verkauften abgeliefert werden. Nach der Ablieferung können rückständige Beiträge nicht mehr mit alten Marken quittiert werden. Wer also seine rückständigen Beiträge bis dahin nicht beglichen hat, muß auch für die vor dem 1. April liegenden Wochen den erhöhten Beitrag zahlen. Also Bücher in Ordnung bringen!**

### Ein Millionenbetrug mit Seife.

Ein Millionenbetrug, durch den auch der Kriegsausgang für Ode und Jette und das Kriegseisenyndikat in Berlin betroffen worden sind, beschäftigt seit einiger Zeit die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf. Nach den Ermittlungen sind Seifen im Werte von etwa sieben Millionen Mark aus den Fabrikräumen der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine, Abteilung Seifenfabrik in Düsseldorf, verschwunden, ohne daß Vedung dafür vorhanden war. Es handelt sich um Seifungen, durch die die Seife bereits geschmolzen worden ist. Unter dem Verdacht, an den Vertriebsstellen und Verwendungen beteiligt zu sein, sind folgende Persönlichkeiten verhaftet: Fabrikdirektor Georgi, dessen Prokurist Bapst und der Kaufmann Kurt Roelen. Außerdem ist der Kaufmann Alexander Ledermann aus Berlin-Schöneberg, der Bevollmächtigter des Kriegseisenyndikats war, in Haft genommen worden. Die Verhaftung Ledermanns, der sich an den betrügerischen Geschäften beteiligt haben soll, ist ein Ereignis der Staatsanwaltschaft Düsseldorf in Berlin erfolgt.

Der Kriegsausgang für Ode und Jette, bzw. das Kriegseisenyndikat, hatten große Mengen von Seife im Gesamtwert von etwa 20 Millionen Mark erworben. Diese Seifen, deren Qualität viel zu wünschen übrig ließ, sollten zum Zwecke der besseren Verwertung umgeschmolzen werden. (So werden die Presse; tatsächlich sollen sie durch „Zu „gestrichelt“, also nicht verbessert, sondern verböhrt werden. Red. d. „Pro!“) Die Arbeit wurde der Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine, Abteilung Seifenfabrik, bei der die beiden ersten Beschäftigten, Georgi und Bapst, tätig waren, übertragen. Es handelte sich um einen Vertriebsauftrag, da naturgemäß nicht festgestellt werden konnte, wie groß das Quantum Seife sein würde, das sich nach der Umstellung ergeben würde. Es wurde deshalb zur Ueberwachung der Ausführung der Arbeit der Kaufmann Kurt Roelen als Vertrauensmann angestellt. Damit hatte man jedoch den Post zum Gürtel gemacht, wie die Anklage lautet. Den Beschäftigten wird zum Vorwurf gemacht, daß sie Teile der Seife im Werte von etwa sieben Millionen Mark in den Handel gebracht und die entsprechenden Gelder für sich verwendet haben. Roelen soll dabei das ihm übertragene Vertrauensamt mißbraucht haben. Ledermann soll als Bevollmächtigter des Seifenyndikats von den Transaktionen gewußt und mit den übrigen Beschäftigten gemeinschaftliche Sache gemacht haben. Die Ermittlungen in der Angelegenheit befinden sich noch im Stadium der Voruntersuchung beim Landgericht Düsseldorf.

### Papier-Industrie

**Freie Bahn dem Tüchtigen!**

Unter der Ueberschrift: „Berufswahl und Anstese unserer Industriearbeiter“ beschäftigt sich der „Deutsche Papiermarkt“ Nr. 1 und 2, das Zentralorgan der Papier verarbeitenden Industrie, in einem fünf Spalten langen Artikel mit der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und der Arbeiterfrage nach dem Kriege. In diesem Artikel führt er sich auf die schriftlichen Ausführungen von P. H. Grempe in der „Arbeiterzeitung“, der wirre heutigen Zeitverhältnisse als Sonnenplätze der Arbeit hinstellt, die „meist in jeder Weise den Anforderungen der Betriebskassen wie auch der

nicht minder wichtigen Gewerbehygiene angepaßt sind“, und auf den Vortrag eines Herrn Professors A. Wallich in Aachen über die „Psychologie des Arbeiters und seine Stellung im industriellen Arbeitsprozeß“, der eine Prüfung und Anstese der Arbeitskräfte nach dem berühmten Taylorischen Vorbilde vorschlägt, um die „eigenartigen seelischen Eigenschaften, wie: Geistesgegenwart, Temperament, Ausdauer usw.“ der Arbeiterschaft „wissenschaftlich“ prüfen zu lassen. Diese „wissenschaftliche Prüfung“ soll nach den Grundsätzen des „Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeits-Physiologie“, dem noch eine Unterabteilung für Berufs-Psychologie angegliedert werden soll, vollzogen werden, von — Meistern und Beamten der einzelnen Werke.

Wir sind uns darüber klar, daß die Arbeits- und Betriebsverhältnisse, wie sie vor dem Kriege in Deutschland bestanden, eine Umwandlung erfahren werden, soweit dieselbe nicht schon während der Kriegszeit zum Teil erfolgt ist. Soweit diese Umwandlung auch im Interesse der Arbeiter erfolgt, können wir dieselbe nur begrüßen. Wir haben uns deshalb auch noch nie gegen technische Neuerungen und Betriebsverbesserungen gestemmt, wenn sie geeignet waren, der Arbeiterschaft ihr hartes Los zu erleichtern. Aber wir haben stets gefordert, daß solche Verbesserungen nicht einseitig dem Unternehmertum zugute kommen dürfen, sondern daß sie auch für die Arbeiterschaft mit einer Erleichterung und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage verbunden sein müssen. Diesen Standpunkt werden wir auch nach dem Kriege weiter hochhalten und zielbewußt verteidigen. Da aber die Unternehmer der Ansicht sind, daß jeder technische Vorteil in erster Linie ihrem Geldsack zugute kommen muß, so bezweifeln wir stark, daß ein Weg gefunden wird, auf dem die Interessen des Arbeitnehmers mit denen des Arbeitgebers zusammenfallen bzw. weitgehend vereinigt werden“ können. Durch eine Nachahmung der Taylorischen Ausbeutungsmethode wird sich bei der deutschen Arbeiterschaft die Lust zur Arbeit kaum steigern und die Liebe zum Unternehmertum nicht erzwingen lassen.

Selbstverständlich begrüßen wir jede Bewegung, die darauf hinausläuft, auch unter der Arbeiterschaft dem Tüchtigen freie Bahn zu lassen, jedoch misstrauen wir der „wissenschaftlichen“ Beurteilung durch einen akademisch gebildeten Beamten; auch den „wissenschaftlichen“ Fähigkeiten eines Meisters trauen wir nicht unbedingt. Es ist eine alte Weisheitswahrheit, daß nur in den wenigsten Betrieben der wirklich tüchtige und geistig hochstehende Arbeiter den Posten eines Meisters oder Betriebsleiters erklümt. In den meisten Betrieben ist bei der Auswahl der Meister und Vorgesetzten deren Gesinnung ausschlaggebend, und mancher Betriebsleitung wäre es schon recht übel bekommen, wenn ihre Arbeiter ebensolche berufliche „Schlauberger“ gewesen wären wie der zum Antreiber emporgehobene Meister. Selbstverständlich gibt es auch praktische und geistig hochstehende Meister und Betriebsleiter. Unter deren Aufsicht wurden aber auch schon vor dem Kriege die richtigen Arbeiter an die richtigen Arbeitsplätze gestellt, ohne die „wissenschaftliche“ Ausbeutungsmethode von Taylor und Anhänger.

Ueber die Eintönigkeit der Teilarbeit heißt es in dem erwähnten Artikel weiter: „Es kann zugegeben werden, daß die in früheren Zeiten an manchen Stellen üblich gewesene Teilarbeit wegen ihrer Eintönigkeit nicht gerade günstig auf die seelische Verfassung der Beschäftigten gewirkt hat. Derartige Feststellungen sind möglich gewesen, als man mit Teilarbeiten in tatsächlich schlechten Arbeitsräumen schlecht entlohnte und wenig gut genährte Menschen übermäßig lange beschäftigte.“ Und an einer andern Stelle heißt es zu diesem Thema: „Fehlt auch die Abwechslung innerhalb der zu erzeugenden Gegenstände, so gewährt die Tätigkeit doch selbst ausreichende Befriedigung, weil sie ja doch in modernen Fabriken und Werkstätten heutzutage gewöhnlich nur neun Stunden lang ausgeübt wird. Außerdem tritt eine Unterbrechung, also gewissermaßen eine Erholung von der sogenannten Monotonie während der Mittagspause und in kleinerem Maße auch während der Frühstück- und Vesperpause vormittags und nachmittags ein.“

Diese Behauptungen stellen doch eine vollkommene Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse dar. Wenn auch zugegeben werden darf, daß bei der Bedienung unserer modernen Maschinen von Eintönigkeit nicht immer die Rede sein kann, daß vielmehr in vielen Fällen nur geistig recht hochstehende Arbeiter den Produktionsprozeß und die feine mechanische Konstruktion dieser Maschinen und Apparate überwachen und regulieren können, so muß die Feststellung, daß sich dieser Arbeitsprozeß „ja doch in modernen Fabriken und Werkstätten“ abspielt, als zu weitgehend bezichtigt werden. Tatsächlich sind noch massenhaft Betriebe vorhanden, deren Beschaffenheit in hygienischer Beziehung alles zu wünschen übrig läßt und deren Unfallschutzvorrichtungen sicher nicht als vorbildlich wirken können. Aber selbst in den modernen Fabrikzuchtstätten der Großstädte mit ihren vergitterten Fenstern oder mit ihrer Oberbelichtung, die der Arbeiterschaft jeden Ausblick ins Freie nimmt und in denen die Arbeitsmaschinen gedrängt nebeneinander stehen, läßt die Hygiene und der Unfallschutz oftmals recht viel zu wünschen übrig. Eine vollkommene Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse bedeutet es ferner, wenn schlanke behauptet wird, daß die Arbeitszeit „gewöhnlich nur neun Stunden beträgt“. Mit Ausnahme einiger weniger Berufe, die sich durch ihre gute Gewerkschaftsorganisation den Neunstundentag teilweise erkämpft haben, beträgt der Normalarbeitstag in Deutschland sogar für Frauen immer noch 10 Stunden, während für die Ausbeutung der Männer durch die Unternehmer immer noch keine gesetzlichen Beschränkungen geschaffen sind. Dabei brauchte gar nicht besonders erwähnt zu werden, daß während der Kriegszeit selbst dieses bishigen Arbeiterschutzes für die Arbeiterinnen aufgehoben wurde, so daß auch die Frauen täglich 10 Stunden und darüber fronen mußten. Dem „Zug für die Papier verarbeitenden Industrien“ sollte es aber nicht unbekannt sein, daß es in unserm lieben Vaterlande noch viele Berufszweige gibt, in denen der Normalarbeitstag für Männer noch 12 Stunden beträgt. Oder sollte es ihm wirklich unbekannt sein, daß in der Papiererzeugungsindustrie der zwölfstündige Normalarbeitstag die Regel bildet und daß in der Zellstoffindustrie für die Arbeiterschaft die vierundzwanzigstündige ununterbrochene Wechsellagerung noch nach wie vor besteht? Zweifellos ist dem Federhelden der Unternehmerpresse doch auch bekannt, daß in der chemischen und keramischen Industrie sowie in verschiedenen andern Industriezweigen der Zwölfstundentag keine Ausnahme bildet.

Am liebsten ist aber doch die Behauptung, daß nur früher „in tatsächlich schlechten Arbeitsräumen schlecht entlohnte und wenig gut genährte Menschen“ beschäftigt wurden. Es gehört wirklich schon der mit Schleichhandelswaren vollgepfropfte Magen eines Geldmagnaten dazu, um für die heutigen Verhältnisse den Schein des



Gegenteils zu erwidern. Tatsächlich ist die Arbeiterschaft heute schlechter ernährt als jemals zuvor, trotz einer besseren Entlohnung als in früheren Jahren.

Würdigt man bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft einwandfrei und voreingenommen diese tatsächlichen Verhältnisse, dann klingt es geradezu wie ein Hohn, wenn der „wissenschaftliche“ Mitarbeiter des „Papiermarktes“ betont, daß „unser modernes Kulturleben auch dem mit monotoner Arbeit Beschäftigten in seiner Freizeit reichlich Gelegenheit zu geistiger Betätigung gibt, daß er Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Theater, Konzerte, Kino, Sport und Fortreibungen nach seinem Belieben genießen kann“.

Die deutsche Arbeiterschaft, und besonders die Papierarbeiterschaft, verzichtet auf eine derartige „wissenschaftliche“ Beurteilung ihrer Lebenslage ebensogern wie auf die darin angekündigte „wissenschaftliche“ Ausbeutung nach dem System Taylor.

Keramische Industrie

Noch ein Einsichtiger!

Schon wiederholt haben wir mitteilen können, daß in der Unternehmerpresse der Ziegelindustrie nach und nach die Erkenntnis einzieht, daß die Lohnpolitik der Ziegelei die Niederhaltung der Löhne, vor allem durch Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte, hat viele der besten Arbeiter in andere Industriezweige getrieben, und bei den noch verbliebenen ist der Arbeitseifer geschwächt, die Arbeitsfreude erstickt worden.

In Nr. 3/4 der „Deutschen Löffel- und Ziegler-Zeitung“ (jetzt „Ziegelwelt“) wird in einem Aufsatz zur Ubergangswirtschaft folgendes ausgeführt:

Durch die geringen Preise, die für Ziegelprodukte vor dem Kriege gezahlt wurden, war auch ein verhältnismäßig niedriger Arbeitslohn bedingt, und dieser niedrige Arbeitslohn hat schon vor dem Kriege einem gewissen Arbeitermangel in der Ziegelindustrie Vorschub geleistet.

Aber nicht nur die einheimischen, nein, auch die ausländischen Arbeitskräfte fanden die Löhne in den Ziegeleien zu niedrig. Darüber sagt der Aufsatz:

Solange noch genügend ausländische Arbeiter, in Süd-Deutschland Italiener, in Mittel-, Nord-, Ost- und Westdeutschland Polen, Ruthenen, Russen usw., in genügender Anzahl in den deutschen Ziegeleien Arbeit suchten und fanden, war dieses geringe Angebot deutscher Arbeiter nicht so sehr zu spüren; aber bereits in den letzten Jahren vor dem Kriege ließ auch das Angebot an fremden Arbeitskräften nach, da diese in anderen Industrien bessere Entlohnung fanden.

Es wird dann ausgeführt, daß nach dem Kriege der Arbeitermangel noch größer werden wird. Die ausländischen Arbeiter werden zwar wiederkommen, aber sie werden angezogen werden von „anderen Industrien, die bessere Arbeitslöhne zu zahlen in der Lage sind“.

Daß dies nur bei Bewilligung angemessener, den Verhältnissen entsprechender Löhne möglich ist, dürfte klar sein.

Der Meinung sind wir auch. Es ist nur zu begrüßen, wenn auch den Unternehmern diese Erkenntnis dämmert; es ist erfreulich, daß ihr Ausdruck gegeben wird, und es wäre noch erfreulicher, wenn ihr entsprechend gehandelt würde.

In dem Aufsatz wird dann allerdings betont, daß die Ziegelindustrie die Lasten einer ausreichenden Lohnzahlung nicht tragen könne, wenn sie nicht durch entsprechende Preiserhöhung „in die Lage versetzt wird, dazuerhöhte Löhne ohne Selbstschädigung zu bewilligen“.

Es ist selbstverständlich, daß auch die Ziegeleibesitzer für ihre Erzeugnisse angemessene Preise haben müssen. Die niedrigen Löhne sind aber nicht eine Folge unzureichender Preise, sondern umgekehrt, vielfach die Ursache von Preisrückgängen.

Ein Gewerbeinspektor über den Kalkstaub als Heilmittel.

Die Erörterungen über die Wirkungen des Staubes von Zement, Kalk, Kreide und Gips auf die Lungenschleimhäute werden in der Fachpresse noch immer fortgesetzt. In Nr. 88 der „Tonindustrie-Zeitung“ berichtet ein Gewerbeinspektor kurz über seine Erfahrungen dazu.

„Bei einzelnen gelegentlichen Rücksprachen mit den Betriebsleitern der in meinem Bezirke vorhandenen Zement- und Kreidefabriken habe ich die Wichtigkeit der Ausführungen des genannten Artikels bestätigt gefunden. Durchgängig war den Betriebsleitern diese eigenartige Erscheinung bekannt. Von dem Inhaber einer Kreidefabrik wurde mir bei einer gelegentlichen Rücksprache über die Einrichtung einer Entstaubungsanlage im Betriebe entgegengehalten, daß eine Gesundheitschädigung durch den Kalkstaub gar nicht in Frage kommt.

Die Erfahrungen des Gewerbeinspektors in allen Ehren. Jedoch scheint uns ein Zweifel an der Richtigkeit seiner Angaben nicht unerlaubt. Genaue ausgedrückt: wir bezweifeln, daß die Angabe des Betriebsleiters der Alsenischen Portland-Zementfabrik so stimmt, wie sie angeführt wird.

Eine einfache Rechnung. Der Verband der Fabrikarbeiter hat im Jahre 1917 für mehr als 200 000 Beteiligte erfolgreiche Lohnbewegungen geführt. Die Summe der erreichten Lohnerhöhungen übersteigt 1 000 000 Mark die Woche und 4,50 Mark die Woche für jeden Beteiligten.

Ausland.

Regierung und Gewerkschaften in England.

Mitte Februar machte das Blatt des Franzosen Hervé, die „Victoire“, einige bemerkenswerte Mitteilungen über die Haltung und die Maßnahmen englischer Gewerkschaften, vor allem der Mechaniker, einer Kerntruppe der englischen Gewerkschaften.

Die Haltung der Regierung gegenüber den von seiten der Arbeiterschaft gestellten Ansprüchen war immer dieselbe: abschlägiger Bescheid, Unterhandlungen, Einschalten, Nachgeben. Ein solches System mag seine Vorteile haben, verlängert aber die Streikbewegung, statt ihr einen Damm zu legen.

Am wenigsten gefügig zeigte sich der Verband der Mechaniker, schon seit Kriegsbeginn der unruhigste und selbstherrlichste aller Arbeiterverbände. Er war es, der letzte Jahr den zwei Monate lang andauernden Streik inszenierte und in Manchester und Sheffield etwa 60 000 Anhänger fand, die nichts weiter bezweckten, als die Aushebungskommission zu zwingen, keinen der Genossen an die Front zu senden.

Am wenigsten gefügig zeigte sich der Verband der Mechaniker, schon seit Kriegsbeginn der unruhigste und selbstherrlichste aller Arbeiterverbände. Er war es, der letzte Jahr den zwei Monate lang andauernden Streik inszenierte und in Manchester und Sheffield etwa 60 000 Anhänger fand, die nichts weiter bezweckten, als die Aushebungskommission zu zwingen, keinen der Genossen an die Front zu senden.

Gefährdung des Gewerkschaftsrechts in den Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten beschäftigt man sich gegenwärtig mit einem Urteil des Obersten Bundesgerichts, das den Arbeitern das Gewerkschaftsrecht raubt. Die „New Republic“, eine angesehenere amerikanische Wochenzeitschrift, schreibt darüber in ihrer Nummer vom 22. Dezember 1917: „Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat vorige Woche ein Urteil gefällt, das man nicht anders als einen Frontangriff gegen die organisierten Arbeiter betrachten kann.“

Ein Bundesrichter hat im Jahre 1913 einen Einhaltsbefehl (Injunction) gegen die Beamten der Vereinigten Bergleute erlassen, der ihnen untersagte, die Kohlenfelder in West-Virginien zu „unionisieren“, das heißt: die dortigen Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren. Der Richter gab zu, daß die Gewerkschaftsbeamten dort keine gewalttätigen Methoden gebrauchten, daß sie keine „Bidets“ (Kästen zum Ueberleben der Arbeiter) aufstellten, keinen zwangswiseen Boykott erklärten; die Gewerkschaft hat nur Organisatoren nach jenem Gebiet geschickt, um Versammlungen abzuhalten, Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation zu erklären und Mitglieder aufzunehmen, um auf diese Weise den Wirkungsbereich der Gewerkschaft der Vereinigten Bergleute auszudehnen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Gibt es Rente für den Verlust eines schon verletzten Auges?

Ein Arbeiter in einer Braunschweiger Konservenfabrik stieß mit seinem Kopf verheerend auf einen Haken in der Wand. Dabei verletzte er sich sein rechtes Auge derart, daß es entfernt werden mußte. Die Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft Mannheim verweigerte Unfallrente für den Verlust des Auges, weil dasselbe schon vor 20 Jahren einmal berastet wurde, daß der Arbeiter nur wenig Sehkraft auf dem Auge hatte.

„Das rechte Auge war nach dem vorliegenden ärztlichen Gutachten bereits vor dem Unfall in seiner Sehkraft stark herabgesetzt. Aber es ist wertlos gewesen, was es nicht. Dem Kläger ist erlaubt worden, daß er mit diesem Auge bis zu dem Unfall noch Gegenstände und Personen in einer Entfernung von einem Meter hat erkennen können.“

Jahresbericht des Gauen II (Stuttgart-Zannstatt).

Wie andern Gauen, so hat auch uns das Jahr 1917 wieder einen Zuwachs an Mitgliedern gebracht; den ersten, den wir während des Krieges zu verzeichnen hatten. Wenn auch der Fortschritt nicht so groß ist als in andern Gauen, so ist er im Vergleich mit 1916 immerhin erfreulich.

Gleich zu Beginn des Jahres wurde die Tätigkeit des Gauleiters durch eine zweimonatige Einberufung unterbrochen. Die im Spätherbst einsetzende Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse erschwerten die Tätigkeit ungemein, und viel Zeit mußte dabei vergeudet werden. An einigen Orten ist rechtzeitiges Eintreffen an einem Tage überhaupt nicht möglich.

Die Zahl der Reanaunahmen betrug 1446, das sind 1114 mehr als 1916. Die Mitgliederzahl stieg von 2622 Ende 1916 auf 3377 am Schluß des Jahres 1917, also um 755. Von dieser Zunahme entfällt allerdings ein Drittel auf die am 30. Dezember 1917 gegründete Zannstatter Zelle.



der Hauptkasse 4550,58 M., somit eine Gesamteinahme von 51.382,23 M. ...

Die Lohnbewegungen wurden 42 geführt, die sich auf 25 Betriebe verteilen. (Chemische Industrie 11, Nahrungsmittel 14, Papierindustrie 8, ...)

Während im höchsten Teil des Bezirks die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes vorgeführten Arbeiterausgänge überall neugebildet werden mussten, war in Würtemberg vielfach eine recht lose Handhabung dieser Bestimmungen anzutreffen.

Die Tätigkeit in Versammlungen, Sitzungen u. dergl. war im Vergleich zur Vorperiode sehr reger. Über besondere Bedeutung unserer Versammlungen ...

Berichte aus den Zahlstellen.

Frankfurt. Am 17. März sagte im 'Schwarzburger Hof' eine außerordentliche ...

Sie kann sich mit dem Bericht des Vorstandes nicht einverstanden erklären. ...

Berlin. Die tiefe Resignation der Mitgliedschaft und die Stodung des Versammlungslebens, hervorgerufen durch den Weltkrieg, ist im Kriegsjahre 1917 ...

Zu der chemischen Industrie können sich die Unternehmer noch immer nicht von der Ansicht frei machen, daß die Löhne um vieles geringer sein müssen als in anderen Industrien.

Die in der H. A. F. Abteilung Beschäftigten hatten die Forderung gestellt, daß ihr Lohn dem in der H. A. F. Abteilung der Chem. Fabrik ...

Zu der pharmazeutischen Abteilung standen von jeder die Löhne niedriger als im gewöhnlichen Betrieb. Auf wiederholtes Drängen ...

Bei der Firma G. A. F. Kahlbaum wurde in der Mundschneiderei ein bestimmter Ankerlohn von 4 Mark pro Tag festgesetzt, der nach 14 Tagen auf 4,50 Mark ...

Zu der chemischen Fabrik Randschneiderei-Meyer konnten auf dem Wege der Verhandlung zu Anfang des Jahres 1917 die Stundenlöhne um 5 bis 20 Pf. ...

Zur Arbeiter- und Arbeiterinnen des Schießplatzes Königsunterhausen wurde eine Bewegung geführt, die für 450 Besätze 3 bis 6 M. Lohnsteigerung pro Woche brachte.

Daher steht also fest, daß erst durch unsere Maßnahmen in anderen Betrieben die Löhne im Winterhalbjahr wie auch bei Schering in die Höhe ...

Dresden. Die Zahlstelle Dresden und Umgegend hielt am 16. März im Volkshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der zunächst Genosse ...

Die in der H. A. F. Abteilung Beschäftigten hatten die Forderung gestellt, daß ihr Lohn dem in der H. A. F. Abteilung der Chem. Fabrik ...

Offen. In dem Munitionsküchlein der Firma Gerkenrath u. Co. lassen die Verhältnisse manches zu wünschen übrig. Besonders die Löhne ...

Merne. Im Jahre 1917 erhielten die Arbeiter an den Händelschneidereien eine Erhöhung ihres Stundenlohnes von 70 auf 80 Pf., also eine Zulage von 10 Pf. die Stunde.

Verbandsnachrichten.

Verbandstags-Protokolle. Das Protokoll vom außerordentlichen Verbandstag ist fertiggestellt, mit dem Verband ist begonnen. Zahlstellen, die ihre ...